

# Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	<b>19.04.2024</b>
Thema	<b>Bildung und Forschung</b>
Schlagworte	<b>Keine Einschränkung</b>
Akteure	<b>Genf</b>
Prozesstypen	<b>Keine Einschränkung</b>
Datum	<b>01.01.1989 - 01.01.2019</b>

# Impressum

## Herausgeber

Année Politique Suisse  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bern  
Fabrikstrasse 8  
CH-3012 Bern  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss)

## Beiträge von

Bernath, Magdalena  
Ehrensperger, Elisabeth  
Mosimann, Andrea  
Zumofen, Guillaume

## Bevorzugte Zitierweise

Bernath, Magdalena; Ehrensperger, Elisabeth; Mosimann, Andrea; Zumofen, Guillaume  
2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Bildung und Forschung, Genf, 2001 – 2013*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern.  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am 19.04.2024.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Allgemeine Chronik</b>	1
<b>Bildung, Kultur und Medien</b>	1
Bildung und Forschung	1
Berufsbildung	1
Hochschulen	1
Forschung	3

## Abkürzungsverzeichnis

<b>ETH</b>	Eidgenössische Technische Hochschule
<b>EDK</b>	Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren
<b>HEI</b>	Genfer Hochschulinstitut für internationale Studien
<b>IUED</b>	Hochschulinstitut für Entwicklung
<b>RUIG</b>	Internationales universitäres Forschungsnetzwerk Genf

---

<b>EPF</b>	École polytechnique fédérale
<b>CDIP</b>	Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique
<b>HEI</b>	Institut universitaire de hautes études internationales
<b>IUED</b>	Institut universitaire d'études du développement
<b>RUIG</b>	Réseau universitaire international de Genève

# Allgemeine Chronik

## Bildung, Kultur und Medien

### Bildung und Forschung

#### Berufsbildung

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 14.11.2006  
MAGDALENA BERNATH

An der zweiten nationalen Lehrstellenkonferenz in Genf stellte Bundesrätin Leuthard ein vom Bund finanziertes **Stützprogramm für schulisch und sozial benachteiligte Jugendliche** vor. Das von Bund und Kantonen gemeinsam getragene „Case-Management“ will Jugendliche bereits ab dem 7. Schuljahr erfassen und gezielter als bisher fördern; Lehrer, Berufsberater und Eltern werden miteinbezogen. Ab dem 9. Schuljahr erhalten die Betroffenen einen persönlichen Coach zur Seite gestellt, der ihnen bei der Berufswahl und der Lehrstellensuche hilft. Er steht solange zur Verfügung, bis eine definitive Lösung für den Berufseinstieg gefunden ist. Die Kosten dieses Engagements übernimmt der Bund, er unterstützt Pilotprojekte und leistet die Anschubfinanzierung. Die Kantone klären den konkreten Bedarf ab, damit das Konzept im kommenden Frühjahr umgesetzt werden kann. Ausgebaut wird auch das Beratungsangebot für Lehrbetriebe: Bund, Kantone und Arbeitsorganisationen erarbeiten ein Hilfsprogramm für jene Betriebe, die Jugendliche mit erschwerten Anforderungen ausbilden. Sie erhalten Unterstützung in rechtlichen, organisatorischen und sozialen Fragen sowie bei Konflikten und Krisen. Um die Zahl jener Schulabgänger zu erhöhen, die eine Ausbildung auf Sekundarstufe II erreichen (Ziel ist eine Erhöhung von 90% auf 95% bis 2015), plant die EDK das Projekt „Nahtstelle“, das den Übergang von der Schule zur nachobligatorischen Ausbildung optimiert, damit Jugendliche künftig weniger Zeit verlieren durch unnötige Wechsel, Lehrabbrüche oder Wartejahre. Gewerbe und Gewerkschaften reagierten positiv auf die beiden Projekte.<sup>1</sup>

#### Hochschulen

KANTONALE POLITIK  
DATUM: 10.06.2001  
ELISABETH EHRENSPERGER

Am 10. Juni sagte die Waadtländer Stimmbevölkerung Ja zu einem **Transfer der „Ecole romande de Pharmacie“** nach Genf zugunsten des **„projet triangulaire“** – der Hochschulkoordination im „Arc lémanique“. Die Stimmergebnisse für den jährlichen Beitrag von 4,6 Mio Fr. an die in Genf konzentrierte Westschweizer Pharmazie-Schule sowie für eine Gesetzesänderung, mit welcher der Verzicht auf eine Apothekerschule in Lausanne beschlossen wurde, fielen relativ knapp aus. Dem Transfer war unter anderem seitens der Waadtländer Apothekerinnen und Apotheker sowie von Seiten der Studentenschaft etliche Skepsis entgegengebracht worden. Im Oktober kam es mit der Angliederung der Sektion Chemie der Universität Lausanne an die ETH Lausanne (ETHL) zum Vollzug der ersten von vier Etappen des Kooperationsprojektes der beiden Hochschulen. In der Frage nach der zukünftigen Struktur der so ausgedünnten Universität beging das Rektorat einen Tabubruch, indem es in einem Bericht an den Waadtländer Staatsrat die Fusion mit der benachbarten ETHL vorschlug und gezielt die bisherige Abhängigkeit der Universität vom Kanton bzw. ganz allgemein die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen kritisierte. Die gemeinsame Verwaltung der beiden Hochschulen dank einer gemeinsamen Trägerschaft von Bund und Kanton würde eine bessere Zusammenarbeit erlauben und so das Standhalten gegenüber dem internationalen Wettbewerb ermöglichen. Im November stimmte der ETH-Rat einer im Rahmen des „projet triangulaire“ geplanten Strukturänderung der ETHL zu, wonach diese auf Januar 2002 in eine eigentliche Technische Universität umgewandelt werden soll. Die zwölf bestehenden Departemente der ETHL werden in fünf Fakultäten mit einer klaren Schwerpunktsetzung auf den Lebenswissenschaften zusammengefasst.<sup>2</sup>

INTERKANTONALE ZUSAMMENARBEIT  
DATUM: 08.05.2003  
ELISABETH EHRENSPERGER

Mit der Idee, Zürich und die Genferseeregion (siehe unten) zu einem der attraktivsten Forschungs- und Lernplätze in Europa werden zu lassen, plante die ETH, den Höggerberg als zweiten Standort der Zürcher Hochschule zur **„Science City“** umzubauen. Entstehen sollte ein Campus mit Wohnungen für Studierende, ein Konferenz- und E-Learning-Zentrum sowie ein international führendes Zentrum für bildgebende Verfahren (Image Center). Der Baustart lag aber noch in weiter Ferne, standen vorerst noch auf baulicher Ebene eine Änderung der Bau- und Zonenordnung der Stadt Zürich für das Höggerberg-Gebiet sowie auf finanzieller Ebene die Suche nach zahlungskräftigen Sponsoren aus.<sup>3</sup>

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**

DATUM: 15.04.2005

MAGDALENA BERNATH

Im Frühling unterzeichneten der Genfer Regierungsrat und Bundesrat Couchepin eine Erklärung, in der sie ihre Absicht bekundeten, die Attraktivität der **internationalen Studien an der Universität Genf** zu erhöhen. Geplant ist der Aufbau einer akademischen Institution mit Weltruf, die von der lokalen Konzentration internationaler Organisationen und einschlägiger Universitätsinstitute profitiert. Konkret soll bis 2008 aus dem Institut universitaire de hautes études internationales (HEI) und dem Institut universitaire d'études du développement (IUED) ein Kompetenzzentrum geschaffen werden, das vertraglich eng an die Universität Genf gebunden ist. Für die Periode 2008-2011 will der Bund einen besonderen Betrag vorsehen.<sup>4</sup>

**INTERPELLATION / ANFRAGE**

DATUM: 19.09.2006

MAGDALENA BERNATH

Im Zusammenhang mit der Gründung des neuen **Kompetenzzentrums für internationale Studien in Genf** wiesen die EDK und die Schweizerische Universitätskonferenz darauf hin, dass der Bund und die Kantone ihre Hochschulpolitik gemäss der neuen Bildungsverfassung zu koordinieren haben. Indem der Bund mit dem Kanton Genf bilateral eine neue Hochschulinstitution aufbaue und deren Subventionierung stark erhöhe, unterlaufe er diese Koordinationspflicht. Er schaffe einen zweiten Kreis von Hochschulen ausserhalb des ersten Kreises (ETH, kantonale Hochschulen und Fachhochschulen). In seiner Antwort auf eine Interpellation Bürgi (svp, TG) rechtfertigte der Bundesrat das Vorgehen mit der hohen Dichte internationaler Organisationen in Genf, deren Know-how sowie dem grossen vorhandenen Potenzial im Studienbereich „Internationale Beziehungen“. Dies hätte die Behörden des Kantons Genf und des Bundes veranlasst, die drei bestehenden Einrichtungen Institut universitaire de hautes études internationales (HEI), Institut universitaire d'études du développement (IUED) und Réseau universitaire international de Genève (RUIG) zu einem einzigen Institut zusammenzulegen. Dieses werde in die Form einer privatrechtlichen Stiftung gekleidet und auf dem heute geltenden kantonalen und Bundesrecht basieren. Es gehe nicht darum, einen neuen Hochschultypus zu schaffen.<sup>5</sup>

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**

DATUM: 30.11.2008

ANDREA MOSIMANN

Ende Juni verabschiedete der Genfer Grosse Rat ein neues Gesetz, welches die **Autonomie der Universität** und ihre **internationale Konkurrenzfähigkeit** stärken soll. Die Studierenden ergriffen zusammen mit den Gewerkschaften das Referendum gegen den neuen Erlass und brachten die notwendigen Unterschriften zusammen. Sie kritisierten insbesondere die Verpflichtung der Universität, sich aktiv um private finanzielle Unterstützung zu bemühen. Davon befürchteten sie eine Schwächung der Sozialwissenschaften, welche bei der Mittelbeschaffung gegenüber den Natur- und insbesondere den Biowissenschaften benachteiligt sind. Unzufrieden waren die Studierenden auch mit der Aufwertung des Rektorats, welches neu Professorinnen und Professoren nominieren und in eigener Regie Fakultäten gründen und aufheben darf. In der Volksabstimmung vom 30.11. stimmte das Volk dem Gesetz mit 72% Ja zu.<sup>6</sup>

**INTERKANTONALE ZUSAMMENARBEIT**

DATUM: 27.05.2009

ANDREA MOSIMANN

Die Universitäten Basel und Genf betreiben in Zukunft gemeinsam ein neues **Kompetenzzentrum für angewandte Humantoxikologie**. Die beiden Universitäten wurden vom Bund aus mehreren eingereichten Projekten ausgewählt. Durch die Kooperation soll die während Jahren vernachlässigte unabhängige Toxikologie-Forschung gestärkt werden. Dafür fliessen in den nächsten drei Jahren acht Mio Fr. aus der Bundeskasse; den gleichen Betrag werden auch die beteiligten Universitäten aufbringen.<sup>7</sup>

## Forschung

Le Conseiller fédéral Johann Schneider-Ammann a annoncé la création de huit nouveaux **Pôles de recherches nationaux (PNR)** dans les universités de Fribourg, Berne, Genève, Bâle, Neuchâtel, ainsi que dans les deux Ecoles polytechniques fédérales de Zürich et Lausanne.<sup>8</sup>

---

1) Presse vom 14.11.06.

2) LT, 18.9.01; NZZ, 25.9.01 und 2.10.01; TA, 26.9.01; BaZ, 17.10.01.; LT, 2.6.01; 24h, 5.6. und 7.6.01.; Presse vom 08.06.01; Presse vom 10.05.01; Presse vom 11.06.01; Presse vom 16.11.01; Presse vom 18.05.01; Presse vom 21.11.01; Presse vom 23.05.01; Presse vom 30.03.01

3) Presse vom 08.05.03; TA, 20.5.03.

4) Lib., 7.9.05.; Presse vom 15.04.05

5) AB SR, 2006, S. 696 f.; Presse vom 03.06.06; TG, 11.3. und 19.4.06; LT, 13.3. und 19.5.06.

6) WoZ, 21.8.08; TG, 1.12.09.

7) BaZ und NZZ, 27.5.09.

8) LT, 13.12.13.